

Protokoll der Delegiertenversammlung vom 16. April 2005 in Wil/SG

Protokoll der Delegiertenversammlung vom 16. April 2005

Präsidentin : Yvonne Gilli

Dauer : 11.30 – 17.00 Uhr

1. Begrüssung

Entschuldigt: Pascal Schacher (AG), Andreas Knobel (SO), Marie Schaffer (VD), Heidi Rebsamen (LU), Fernand Cuche (NE)

Yvonne Gilli , Ko-Präsidentin der Grünen SG und Grossrätin

Heisst die Delegierten in der an der Grenze zu Zürich liegenden St.Galler Stadt herzlich willkommen. Es ist in Wil nichts besonderes, die Grenzen zu überschreiten. Auch das Gebäude, in dem wir uns befinden, die Kantonsschule, zeugt davon, ist es doch das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Zürich und St. Gallen. Die Grünen in Wil sind im Aufwind: sie haben die Zahl ihrer Mitglieder im Gemeindeparlament auf 6 Sitze verdoppelt.

Urs Bernhardsgrütter, Ko-Präsident der St. Galler Grünen: Die St. Galler Grünen feiern dieses Jahr ihren 20. Geburtstag. Der Anfang war nicht leicht, aber jetzt sind die Grünen in der Bevölkerung bestens verankert. Im 2004 gelang es, die Sitzzahl im Kantonsparlament von 3 auf 10 zu erhöhen.

Ruth Genner, Präsidentin der Grünen: Die Grünen sind auf Erfolgskurs: bei Gemeindewahlen in Basel, Neuenburg und im Wallis haben die Grünen dank kompetenten und engagierten KandidatInnen grosse Erfolge feiern können.

Wir haben Grund, zufrieden zu sein, obwohl das politische Klima Anlass zu Beunruhigung gibt. Für die Mehrheit der „classe politique“ zählt nur das Sparen, innovative Projekte, politische Perspektiven fehlen.

Gegenüber dem grössten Problem unsere Zeit, der Umweltverschmutzung, haben weder der Bundesrat noch die anderen politischen Kräfte den Mut, wirksame Methoden zum Klimaschutz zu beschliessen: sie ziehen den Klimarappen der CO2-Abgabe vor. Wir fordern eine viel energischere Klimapolitik um den klimatischen Problemen zu begegnen (CO2-Abgabe, Rahmengesetz zum Klima, ökologische Steuerreform, Fördermassnahmen für neue Technologien und Erneuerbare Energien...).

Auch in der Bundesverwaltung wird gespart. Zusätzliche 800 Arbeitsplätze sollen gestrichen werden. Zahlreiche Bereiche sind von diesem Abbau betroffen, das Personal ist demotiviert und die Jungen haben kaum Perspektiven.

Abschliessend möchte ich unserem Generalsekretär Hubert Zurkinden gratulieren zu seinem Mut in der Affäre Galmiz. Als einziger Freiburger Grossrat hat er sich offen gegen das Projekt Redwood gestellt und dank ihm wurde die Kundgebung im Grossen Moos ein voller Erfolg. Ebenfalls gratulieren möchte ich den Jungen Grünen für ihre Aktion gegen die Kandidatur von Wolfowitz als Weltbankpräsident.

Ueli Leuenberger, Vizepräsident der Grünen Schweiz, begrüsst alle herzlich und gratuliert allen zu den Erfolgen der Grünen seit der letzten Delegiertenversammlung in Sion.

Die Schweiz leidet an einer grossen Blocherisierung! Immer öfter setzt sich in Bern die SVP durch. Das erschwert den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, belastet die Umwelt, die Beziehungen zu unseren ausländischen MitbürgerInnen und zum Rest der Welt.

Die Grüne Partei der Schweiz ist die grösste Nichtregierungspartei. Wir haben in verschiedenen Schweizer Kantonen zu einer links-grünen Mehrheit beigetragen.

Um auch in Zukunft erfolgreich zu sein, müssen wir unsere Strukturen stärken, und parteiintern auf ein gutes Klima und gutes demokratisches Funktionieren achten. Arbeiten wir zusammen und bleiben wir unseren Idealen treu – so bleiben wir auch in Zukunft erfolgreich !

2. Statutarisches

Tinetta Maystre, Anita Frei, Diego Hättenschwiler und Kurt Rüfli werden als StimmenzählerInnen gewählt.

Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 30. Oktober 2004 in Sion wird einstimmig genehmigt.

Beitritt des *Demokratischen Nidwalden (DN)* zu den Grünen Schweiz

Balz Wolfisberg: beobachten heisst zuhören, verstehen, die Augen öffnen. Das haben wir während der letzten drei Jahren gemacht und jetzt möchten wir an den Diskussionen teilnehmen und Entscheidungen treffen. Deshalb haben wir ein Beitritts-gesuch gestellt. Wir sind seit 8 Jahren in der kantonalen Exekutive vertreten und der diesjährige Präsident des kantonalen Parlamentes ist ein Mitglied des Demokratischen Nidwalden. Seit 20 Jahren setzen wir uns für den Schutz der Umwelt in unserem Kanton ein und haben, mit Erfolg, gegen die Nagra gekämpft.

Dass wir auch bereit sind, Kompromisse zu schliessen, haben wir mit dem Rückzug unseres Regierungsratskandidaten zugunsten des CVP-Vertreters gezeigt. Es ist uns damit gelungen, die Wahl eines rechten bürgerlichen Kandidaten verhindern zu helfen.

Im Moment engagieren wir uns für eine gerechte Vertretung der Wahlkreise in der kantonalen Legislative. Wir fordern die Fusion der kantonalen Spitäler von Nidwalden und Obwalden und damit die Qualitätsverbesserung der Pflege und die Stabilisierung der Kosten. Leider noch ohne Erfolg. Wenn unserem Beitritts-gesuch entsprochen wird, laden wir euch herzlich ein, anlässlich der Delegiertenversammlung vom 29. Oktober nach Stans zu kommen.

Der Beitritt des Demokratischen Nidwalden wird mit Akklamation gutgeheissen.

„Grünes Appenzellerland“ (GRAL) beantragt den Beobachterstatus bei den Grünen Schweiz

Samuel Buechi: GRAL ist noch jung und klein, wir sind im Moment noch eine extraparlamentarische Oppositionsbewegung.

Tim Walker : seit zwanzig Jahren möchte er eine Grüne Partei im Kanton AR gründen. 2004 ist jetzt die GRAL gegründet worden, um dem Vormarsch der SVP und Rechtskurs im Kanton etwas entgegen zu setzen. Die Wahlkreisgeometrie in AR macht den Zutritt zum kantonalen Parlament für kleine Parteien schwierig. Die erste konkrete politische Aktion ist die Lancierung einer Petition „für ein Nationalstrassenfreies Appenzellerland“.

Mit Akklamation wird GRAL in den Beobachterstatus aufgenommen.

Wahlen in den Vorstand

DN Balz Wolfisberg wird von Claudia Dillier vorgestellt:

Balz engagiert sich seit 15 Jahren bei DN. Er hat grosse politische Erfahrung und präsidiert seit mehreren Jahren die Arbeitsgruppe « Gesundheit und Soziales ». Seit vier Jahre ist er wieder im Vorstand des DN. Als Arzt liegt ihm die Verbesserung der sozialen Bedingungen besonders am Herzen. Als Mensch, der von der Notwendigkeit des Dialogs überzeugt ist, hat er alle motiviert, das Beitritts-gesuch bei den Grünen einzureichen und hat sich bereit erklärt, das DN im Vorstand zu vertreten. Claudia empfiehlt Balz zur Wahl.

Balz Wolfisberg wird einstimmig gewählt.

BastA Martin Flückiger wird von Urs Müller vorgestellt:

Martin ist Grossrat in Basel. Er verfügt über grosse Lebenserfahrung, die er in seiner politischen Karriere einzusetzen weiss. Er kennt seine Dossiers, aber er ist kein Schreibtischtäter. Sei es im kantonalen Parlament oder im Alltag, überall ist ihm der Dialog und das Zuhören wichtig. Er ist engagiertes Mitglied unserer Partei und wir empfehlen ihn wärmstens zur Wahl in den Vorstand.

Martin Flückiger wird einstimmig gewählt.

3. Grüne Position zur Bildungspolitik

Gabriela Bader, im Sekretariat zuständig für das Dossier Bildung, weist darauf hin, dass dies ein historischer Moment ist: es geht heute um die Präsentation und Verabschiedung des ersten

grünen Bildungspapiers. Bildung ist eine komplexe Angelegenheit, nicht zuletzt deshalb, weil Bildung unter kantonaler Obhut steht und jeder Kanton sein eigenes Bildungssystem hat.

Dank der Vor- und Mitarbeit vieler grüner Bildungsfachleute liegt dieses Papier jetzt vor, ihnen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Zur Diskussion stehen zwei Dokumente: einerseits das kurze und prägnante Positionspapier, in dem unser Prinzipien und Hauptforderungen enthalten sind, andererseits das ausführliche Grundlagenpapier, das als Arbeitsinstrument für Grüne in Legislativen und Exekutiven gedacht ist.

Felix Wettstein, Schlussredaktor der beiden Papiere, zeigt auf, dass die Hauptpfeiler der grünen Politik « ökologisch konsequent, sozial engagiert, global solidarisch » sich auch im Bildungspapier niederschlagen.

Vielfalt, Chancengleichheit und keine Selektion, das ist der Nenner, auf den das Papier gebracht werden kann. Die Türen müssen für alle Kinder möglichst lange offen bleiben. Es muss gelingen, sie in ihrer Unterschiedlichkeit und persönlichen Fähigkeiten abzuholen.

Diskussion:

Pierre Santschi, VD : das föderalistische System macht es nicht leicht, eine Position in Sachen Bildung zu formulieren. Nicht nur die Schullaufbahn macht einen Menschen, zu dem, was er ist. Das soziale Umfeld ist von grösster Bedeutung. Das Kind lernt durch Nachahmung. Verlangt, dass Wichtigkeit der Vorbilder für die Entwicklung der Kinder in der Einführung des Papiers erwähnt wird.

Anne-Catherine Menétrey, VD : es ist wichtig, bildungspolitisch Position zu beziehen. Aber was im Grundlagenpapier steht, ist fast idealistisch und kaum zu realisieren. Teilt die Ansicht, dass Vielfalt gut ist, aber es gelte auch, die Fragmentierung zu verhindern. Befürchtet eine Verzettlung der Mittel und spricht sich gegen die Subventionierung der Privatschulen aus. Die Schule habe kein Erziehungsmonopol.

Félix Wettstein : ist sich dessen bewusst, das wird im Text auch erwähnt, gleichzeitig ist es aber auch wichtig, die erzieherische Rolle nicht herunter zu spielen.

Jean-Claude Mermilliod, VD : was im Papier fehlt, ist eine Auslegeordnung, die es anschliessend erlaubt, Ziele zu fixieren. Basis eines Positionspapiers sollte zuerst einmal eine Systemkritik sein.

Patrick Erard, NE : im Bezug auf die Schule ist jeder ein wenig Spezialist, weil alle eine Beziehung zur Schule haben. Das Dokument ist zu weit entfernt von der Realität, zu idealistisch. Man kann nur ein erzogenes Kind unterrichten. Die Schule hat teilweise erzieherische Aufgaben, aber wie weit gilt es diesbezüglich zu gehen? Zur Zeit verliert sich die Schule ein wenig und sieht das Wesentliche nicht mehr. Das Problem der Berufsbildung ist schwierig, da diese in jedem Kanton wieder anders geregelt ist. Es ist nicht leicht, auf ein System zu kommen, Il est difficile de revenir à un système qui fait confiance à la en formation en entreprise.

Vorgehen :

Über jeden Antrag wird diskutiert und anschliessend einzeln abgestimmt. Nachdem alle Anträge behandelt sind, wird über die beiden Dokumente als Ganzes abgestimmt.

Felix Wettstein : wenn ich als Lehrer all das leisten müsste, was unser Bildungspapier verlangt, so wäre ich dazu nicht in der Lage. Deshalb ist unsere Hauptforderung ja gerade, dass die Lehrpersonen in Teams zusammenarbeiten sollen.

Théo Bondolfi, VD : ich arbeite mit der Schweiz. Föderation für Erwachsenenbildung zusammen und ich werde für das Papier stimmen, ich finde, es geht in die richtige Richtung.

EDUCA ist ein gutes Beispiel, welches die Grünen unterstützen sollten. (Zertifizierung von Schuleinrichtungen).

Daniel Vischer, ZH : Das Papier ist gut, aber ein wenig zu normativ. Wir vergessen die Realität der kulturellen, sprachlichen und mentalitätsbedingten Unterschiede.

Estelle Thomet, FR : will man wirklich die Chancengleichheit fördern, in dem man auf Selektion verzichtet ? Selektion ist nötig.

Felix Wettstein : Die Kantone Tessin und Genf zeigen, dass ein nicht selektives System funktioniert.

Susanne Rihs : ist hoch erfreut darüber, dass die Grünen jetzt eine bildungspolitische Position formuliert haben, auf die man sich abstützen kann. Sie skizziert ein Ideal und damit eine Richtung, in die man gehen will. Es ist gut, dass dabei alle Fähigkeiten gleichwertig nebeneinander stehen (künstlerische, mathematische, soziale, etc.)

Felix Wettstein : Wir sind für die Definition von schweizweit geltenden Standards. Die Schule hat nicht das Erziehungsmonopol, das Papier äussert sich durchaus auch zur Rolle der Eltern. Aber als nationale Partei können wir vom Staat nicht verlangen, auf die Arbeit der Eltern Einfluss zu nehmen. Wir können nur die Aufgaben des Staates aufzeigen. Tatsächlich haben wir keine Situationsanalyse gemacht, bei 26 verschiedenen Systemen ist das ja auch recht schwierig. (Zu Daniel Vischer) : wir möchten, dass auf Grundschulstufe mehr Geld zur Verfügung steht, damit den verschiedenen kulturellen Realitäten Rechnung getragen werden kann. Im Moment ist der Primarschulstufe zugunsten der Berufsbildung Geld entzogen worden.

Zu den Anträgen (s.Anhang)

Positionspapier

1. *Angenommen*
2. *Angenommen*, in der deutschen Fassung wird „belasteten“ durch „benachteiligten“ ersetzt
3. *Abgelehnt*
4. *Angenommen*
5. Über drei Punkte separat abstimmen :
 - a. *angenommen*
 - b. *angenommen*, « Lenkungssystem » zu „Anreize“ hinzufügen
 - c. *angenommen*
6. Variante 1 wurde vom Vorstand als Ergänzung verlangt
Variante 2 Die Waadtländer möchten Variante 1 nicht
Variante 1 wird mit 76 zu 33 Stimmen angenommen
7. *Angenommen*
8. *Angenommen*
9. *Angenommen*
10. a. *angenommen* mit einer sprachlichen Korrektur : *Bevölkerung, die keinen oder ungenügend Zugang zur Ausbildung hatten statt bildungsferne Bevölkerung*
b. *abgelehnt*
c. Antrag von Hasim Sancar: *Flüchtlinge sollen für eine Zweitausbildung Stipendien erhalten können, auch wenn sie eine erste Ausbildung in ihrem ursprünglichen Heimatland abgeschlossen hatten.*
Angenommen

Grundlagenpapier

11. *Angenommen*
12. *Angenommen*
13. *Angenommen*
14. *Angenommen*
15. *Angenommen*
16. *Angenommen*
17. *Abgelehnt*
18. a : *Angenommen* (Überbrückungsangebote 15-18 -jährige)
b : *abgelehnt* (gegen zusätzliche schulische Anforderungen)
19. *Angenommen*
20. Kurt Stocker: Positionspapier, Antrag in letzter Minute
 - a. Kapitel B / Abschnitt „Teilautonomie...“, zusätzlicher vierter Absatz: *die Eltern brauchen das Recht, eine Schule zu wählen, die ihrem Kind entspricht*
 - b. Kapitel A / Abschnitt 5 *sie lässt sich nicht auslagern* streichen
 - c. Kapitel B / Abschnitt „die Schule neu denken“ anfügen: *die Schulwahl soll durch öffentliche Beiträge für alle ermöglicht werden*

Begründung: die Autonomie der Schulen ist ein wichtiger Punkt in diesem Dokument. Wenn die Schulen ihre eigenen Unterrichtsmethoden entwickeln können, müssen die Eltern eine Schule wählen können, die ihren Kindern entspricht. Es ist nicht logisch, die Autonomie der Schulen voranzutreiben ohne die Wahlfreiheit zu garantieren. Der Wettbewerb unter den einzelnen Schulen, trägt zur Qualitätssteigerung bei.

Anita Lachenmeyer, BS: Dieser Vorschlag stellt den ganzen Inhalt des Papiers in Frage. Die Chancengleichheit ist eben gerade durch die Einschulung der Kinder in ein System gewährleistet.

Regina Mumenthaler, BE: wenn man die Privatschulen finanziell unterstützt, so fehlt dieses Geld nachher bei den öffentlichen Schulen.

Iren Eichenberger, SH: der Staat muss die Chancengleichheit und die Unterrichtsqualität garantieren.

Franziska Teuscher, BE: Dieser Antrag steht im Widerspruch zu der Position in unserem Papier. Integration und Chancengleichheit sind nicht synonym zur total freien Wahl. Die öffentliche Schule kann sich nicht leisten, auf finanzielle Mittel zugunsten der Privatschulen zu verzichten.

Ueli Leuenberger, GE: Dieser Antrag widerspricht der grünen Position. Die ändern Anträge verbessern eine Formulierung oder bringen eine neue Idee ein. Dieser Antrag würde auch die Finanzierung von religiösen Schulen ermöglichen! Zudem konnte der Antrag in den Kantonen nicht diskutiert werden, es sollte darauf nicht eingetreten werden.

→ die Anträge werden abgelehnt

Schlussabstimmung.

Die Delegierten verabschieden sowohl das Positionspapier als auch das Grundlagenpapier mit den im Verlauf der Versammlung eingebrachten Änderungen.

Grussbotschaft von Herrn Bruno Gähwiler, Stadtpräsident von Wil: heisst die Delegierten im Namen der Stadtbehörden willkommen. „Die Natur hat es nicht nötig, sich wichtig zu machen, sie ist es von Natur aus!“ Aus diesem Grund ist die Lebensqualität eine der Prioritäten der Wiler Behörden, in welchen die Grünen gut vertreten sind. Sei es im Bau-, Transport- oder Energiebereich, die Ökologie hat einen wichtigen Platz. Er wünscht eine gute Versammlung und lädt die Delegierten ein, die Gartenausstellung in der Fussgängerzone auf ihrem Heimweg zu besuchen.

4. Abstimmungen vom 5. Juni 2005

Beitritt zu Schengen/Dublin: Cécile Bühlmann (Fraktionschefin)

Zum dritten Mal wird an einer Delegiertenversammlung über Schengen/Dublin diskutiert. Beide Male haben sich die Delegierten, trotz kritischen Stimmen, für ein Ja ausgesprochen. Der Vorstand der Grünen Schweiz, in dessen Namen Cécile hier spricht, hat sich ebenfalls für die Abkommen ausgesprochen.

Trotz Schwächen ist die EU die einzige Kraft, die in der Lage ist, Europa zusammenzuhalten und den Frieden zu sichern. Wir sollten nicht den Alleingang suchen, sondern uns am Aufbau Europas beteiligen und uns einbringen. Der bilaterale Weg ist unserer Ansicht nach nicht der beste, wir sind eigentlich für den Beitritt zu EU. Aber immerhin sind die Bilateralen ein Schritt Richtung EU.

Schengen/Dublin heisst Grenzöffnung gegen innen aber Abriegelung der Aussengrenzen. Welche Alternative dazu hätten wir? Eine Festung Schweiz anstelle einer Festung Europa? Die Zahl der in der Schweiz lebenden und arbeitenden MigrantInnen ist beträchtlich. Zur Zeit gelangen sie nur mit einem Visa in die umliegenden europäischen Länder. Wenn wir bei Schengen mitmachen, werden sie sich in der EU frei bewegen können.

Das SIS ist ein Instrument im Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Es birgt die Gefahr des Datenschutzmissbrauchs. Aber wir müssen uns bewusst sein, dass die polizeiliche Zusammenarbeit bereits heute geschieht. Es ist deshalb wichtig, diese zu regeln, nur so kann sie kontrolliert werden. Der Datenschutz kann nur funktionieren, wenn wir Teil des Systems sind.

Eine Revision des Datenschutzgesetzes ist bereits vorgesehen. Die Schweizer Gesetzgebung ist kompatibel mit Schengen. Ein wichtiger Punkt betrifft das Waffengesetz: die Schweiz wird ihr Waffenrecht ändern und zwar in unserem Sinne : jede verkaufte oder gekaufte Waffe wird in Zukunft bei den zuständigen Behörden gemeldet werden !

Dublin garantiert jeder Asyl suchenden Person eine individuelle Prüfung ihres Gesuches. Im Moment wird das Schweizer Asylgesetz total ausgehöhlt, mit Dubliner wird eine weitere Verschlimmerung der Situation verhindert werden können, denn Dublin garantiert mittelfristig die Anwendung von minimalen Standards. Juristisch ist nur die individuelle Prüfung jedes Asylgesuches garantiert. Aber die minimalen Standards müssen angewandt werden, weil die anderen europäischen Staaten nicht zulassen werden, dass die Schweiz eine strengere Rechtssprechung anwendet.

Empfiehlt aus diesen Gründen den Delegierten ein Ja zu Schengen/Dublin. Auch sollten die Grünen die diffamierende SVP-Kampagne nicht unterstützen!

Diskussion

Balthasar Glättli : Die Entscheidung ist nicht leicht. Im Moment wird die Schengen/Dublin-Frage eng mit der Frage eines EU-Beitritts verknüpft und dabei geht vergessen, dass es die SVP war, die ursprünglich unbedingt die Assoziation zu Schengen wollte! Kontrollen im Landesinnern werden verdachtsunabhängig gemacht werden und es wird immer schwieriger, zu gewährleisten, dass die Grundrechte respektiert werden. Das Individuum muss vor dem Staat geschützt werden.

Martin Flückiger : Eigentlich sollte die SVP diese Abkommen vehement verteidigen. Wir sollten nicht ja sagen zu einem Projekt, das in totalem Widerspruch steht zu einem unserer Grundsätze, der lautet « global solidarisch ». Diese Abkommen zementieren die Festung Europa und stehen für eine repressive Migrationspolitik. Wir haben Überzeugungen und wir müssen zu ihnen stehen : deshalb müssen wir zu Schengen/Dublin Nein sagen.

Daniele Jenni : Schengen wird uns als Öffnungsprojekt vorgeführt, aber das ist es nicht. Es gibt die Festung Europa und es gibt vor allem die Schleierfahndung → es wird mehr diskriminierende Kontrollen (basierend auf Hautfarbe, Erscheinungsbild) geben. Das SIS erlaubt es, politische Aktivitäten zu registrieren, wenn diese als gefährlich für die Staatssicherheit angesehen werden. Das ist ein schwerwiegender Angriff auf die Grundrechte, wir bewegen uns auf einen Polizeistaat hin. Diese Verantwortung können die Grünen nicht übernehmen, sie riskieren damit ihre politische Glaubwürdigkeit.

Anne-Catherine Menétrey : die Versuchung Nein zu stimmen ist sehr gross, denn die Migrationspolitik, die sich aus einem Ja ergibt, missfällt mir sehr. Aber unsere Migrations- und Sicherheitspolitik ist ebenso unheilvoll. Deshalb stellt sich für mich die Frage, wie, wo und mit wem können wir diese Politik verändern? Ich bin sicher, dass dies nicht möglich ist, indem wir uns isolieren. Wir sind machtlos gegenüber dem, was in der Schweiz geschieht. Blocher ist nach Amerika gereist, um eine polizeiliche Zusammenarbeit ähnlich dem Patriot Act zu vereinbaren. Wenn wir nicht Teil des Schengen-Raums werden, heisst das nicht, dass wir keine Fichen haben werden.

In den europäischen Ländern ist die Tradition, die Freiheitsrechte zu verteidigen, stärker als in der Schweiz. (Spanien regularisiert die Sans-papiers). Wenn wir Teil des Systems sind, werden wir auch eine Möglichkeit haben, zu handeln. Wir müssen uns mit all jenen zusammentun, die für die Freiheit und Gerechtigkeit in Europa kämpfen. Und ich habe die Hoffnung, dass wir gemeinsam etwas verändern können!

Geri Müller : weniger Flüchtlinge, mehr Tourismus, mehr Profit dank Schengen/Dublin - ich bestreite die Argumente der Rechten für Schengen/Dublin nicht. Aber brauchen wir dies? Die Schweiz hat kein Problem mit der Zahl der Flüchtlinge und der Wirtschaft geht es gut. Wollen wir mehr Tourismus? Plädiert für ein Nein, denn die EU ist weit davon entfernt, ein gutes politisches System zu sein.

Luzius Theiler : Werben die Millionen, die in die Kampagne investiert wurden, für den Respekt der Grundrechte oder für eine respektvolle Flüchtlingspolitik ? Nein, es geht dabei um rein wirtschaftliche Interessen. Die gesetzlichen Bedingungen für ein Ja fehlen, ganz besonders auch im Datenschutz. Lassen wir uns von der Kampagne der SVP nicht abschrecken, haben wir den Mut zu unserer eigenen Meinung zu stehen!

Jean-Pierre Aubert: Die Schweiz von heute ist dieselbe wie die Schweiz von gestern. Niklaus von Flüe, Rousseau, Dunant und andere haben die Schweiz gegenüber der Welt geöffnet. Weshalb verschliessen wir uns jetzt. Die Schweiz gibt es nur dank der Öffnung gegenüber der Welt.

Luc Recordon : wir sollten uns nicht mit Blick auf die SVP festlegen. Das ist lächerlich. Die Argumente der Befürworter sind ebenfalls nicht super. Wir müssen Ja sagen, weil ein Nein eine viel dramatischer Situation herbeiführen würde : die SVP und ihr Minister würden sich durchsetzen. Ein Ja des Widerstandes ist jetzt gefragt und nicht ein kleiner moralischer Trost.

Ruth Genner : es ist kein euphorisches Ja zu Schengen/Dublin. Die Vision eines Europas ohne Grenzen teilen wir. Ein Europa ohne Grenzen hat auch seine dunklen Seiten und wir müssen damit umzugehen wissen. Ein Nein brächte auch Nachteile.

Ueli Leuenberger: ob wir Nein oder Ja sagen: die Festung Europa existiert, ist Realität. Ein Nein wäre auf jeden Fall kein Schritt Richtung Fortschritt und Öffnung: das wäre eine Schweiz, die sich einschliesst, eine blochersche Schweiz. Plädiert dafür, der Fraktion zu folgen, die mit Ausnahme von Geri Ja gesagt hat zu Schengen/Dublin.

Cécile Bühlmann :Die SVP wollte nur ans SIS angeschlossen werden, ohne die Grenzen zu öffnen. Schleierfahndung existiert bereits heute. Was die diskriminierenden Kontrollen anbetrifft, auch sie geschehen bereits heute, schon heute sind äussere Erscheinung und Hautfarbe Grund für Kontrollen.

Mit 98 Ja und 20 Nein bei 5 Enthaltungen sagen die Delegierten Ja zu Schengen/Dublin.

Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft.

Martin Abele (Arbeitsgruppe Pink Cross und LOS):

Beim Partnerschaftsgesetz geht es um einen Akt der Gleichstellung. Es erlaubt homosexuellen Paaren vor dem Gesetz anerkannt zu werden und zumindest teilweise von denselben Rechten und Pflichten zu profitieren wie heterosexuelle Paare. Dies etwa im Bereich des Erbschaftsgesetzes, der Vorsorge, der Sozialversicherung. Nach wie vor existieren zahlreiche Unterschiede zur Heirat (Adoptionsrecht, Erbaallerdings einen wichtigen Schritt Richtung Anerkennung von homosexuellen Paaren geht und der Diskriminierung ein Ende setzt. Dankt den Delegierten für die Unterstützung der Vorlage.

Die Delegierten sagen einstimmig Ja zum Partnerschaftsgesetz.

5. Budget 2005

Die Delegierten sagen einstimmig Ja zum Budget, das der Tresorier Hans Beat Schaffner vorstellt.

6. Informationen

Pia Hollenstein: keine Informationen aus der Fraktion

Hubert Zurkinden:

Galmiz: dankt allen Grünen, die an der Kundgebung in Galmiz die Grünen Freiburg unterstützt haben. Wir sind die einzige Partei, die Einhaltung der Raumplanungsvorschriften höher gewichten als wirtschaftliche Interessen. Die Zusammenarbeit mit dem Komitee « Anti-Galmiz » verlief bestens. Dem Bundesrat wurde eine Resolution übergeben und Amgen wurde ein Brief geschickt. Schweiz. Sozialforum in Freiburg : viele Grüne haben bei der Vorbereitung des Forums mitgearbeitet. Das Forum findet vom 3. bis 5. Juni statt, alle sind eingeladen, daran teilzunehmen. Themen sind u.a. Migration, WTO und Service public, Ernährungssicherheit.

Maya Graf : die nationalrätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur hat mit 13 zu 10 Stimmen die Initiative für ein Gentechnikmoratorium von 5 Jahren zugestimmt. Wir sind also gleichweit wie vor drei Jahren, jetzt muss nur noch der Nationalrat zustimmen.

Hasim Sancar: ruft auf, an der nationalen Demo vom 18. Juni in Bern gegen Fremdenfeindlichkeit teilzunehmen.

Jean-Claude Mermilliod: am 2. und 3. Juli findet in Yverdon die Sommerakademie zum Thema « croissance décroissance et développement durable » statt !

Hubert Zurkinden dankt den Grünen St. Gallen und Thurgau und ganz besonders Susann Forster für die Organisation der DV und den herzlichen Empfang. Ein herzlicher Dank geht ebenfalls an Yvonne Gilli für die kompetente Sitzungsleitung, an Sévérine Vitali und Nicole Stoll für ihre wie gewohnt sorgfältige Übersetzungsarbeit und an Trix Richener für die technische Betreuung.

Yolande Peisl /Gabriela Bader, Juni 2005